

HERDER-KORRESPONDENZ

Zwölftes Heft - 4. Jahrgang - September 1950

Woher kommt der dringendste Ruf nach der europäischen Einheit? Er kommt von den Menschen, die aufrichtig den Frieden lieben, die noch nicht entwurzelt sind und deren Denken und deren Freude auf einem ehrfamen und glücklichen Familienleben beruht. Sie werden das Gebäude des Vereinten Europa auf ihren Schultern tragen. Solange man ihrem Ruf das Ohr verschließt, wird man nichts Dauerhaftes, nichts, das den gegenwärtigen Krisen gewachsen ist, bauen können.

Pius XII. am 11. November 1948

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Wie steht es um das katholische Leben in Deutschland?

In letzter Zeit haben zwei wohlwollende Ausländer ein Urteil über ihre Beobachtungen im deutschen Katholizismus abgegeben. Beiden ist aufgefallen, daß das Erscheinungsbild und die Substanz der katholischen Gemeinschaft einander nicht entsprechen. Das eine Urteil spricht vom Mangel an konkreter Aktivität, der durch Programme verdeckt wird, das andere gar von einem Zersetzungsprozeß, der an die Geschichte des französischen Katholizismus gemahnt.

Lautloser Abfall

P. van Leuween OFM teilte seine Beobachtungen der Generalversammlung der katholischen Gesellschaft für geistige Erneuerung in Holland mit. Er sprach von einem „lautlosen Abfall“, den die Statistiken nicht widerspiegeln. Die Wirklichkeit sei schlimmer als die Statistiken, aber auch diese rechtfertigten das Urteil, daß in Deutschland derselbe Säkularisierungsprozeß im Gange sei wie vordem in Frankreich.

Nach der Statistik, sagte er, ist Deutschland mit weniger als zehn Prozent Konfessionslosen (1934: 4 Prozent; 1939: 5 Prozent) ein christliches Land. In Holland dagegen zählt man 17,5 Prozent Dissidenten. Aber dafür ist die Kirche in Holland mehr „Bekennniskirche“, in Deutschland dagegen „Volkskirche“, in der man verbleibt, weil man darin geboren ist. P. van Leuween schätzt auf Grund seiner Informationen, daß etwa 25 Prozent der deutschen Katholiken nicht mehr die Sakramente empfangen. In Holland sind es 15 Prozent. In den Großstädten des deutschen Westens seien etwa je ein Drittel Praktizierende, Christen dem Namen nach und Apostaten. In gewissen Städten mit ältester katholischer

Tradition, Köln z. B. oder Düsseldorf, sei die Entchristlichung beinahe so weit fortgeschritten wie in Frankreich.

Das Landvolk

Auf dem Lande spricht man zwar davon, daß 80 Prozent und mehr den Glauben praktizieren. Doch ist darunter nur so viel zu verstehen, daß man konventionell an gewissen religiösen Praktiken festhält, während von echtem religiösem Leben wenig zu spüren ist. Die Bauernschaft krankt daran, daß sie nicht nur keine Not gelitten, sondern sogar ihren Besitz vermehrt hat. Ein Beweis für ihren Materialismus liegt in der Tatsache, daß sie verschwindend wenig Priesterberufe aufweist. Überall zeigt die Zahl der Mischehen eine steigende Tendenz.

Staatsvertrauen

Mit größerer Zurückhaltung, aber doch für den aufmerksamen Leser ebenfalls deutlich genug, äußerte sich der Berater für religiöse Fragen beim amerikanischen Hochkommissar, Dr. U. H. Fleege (im „Rheinischen Merkur“, Nr. 26 vom 15. 7. 50). Er vergleicht die Lage mit USA und sieht die Stärke des amerikanischen Katholizismus darin, daß er seit eh und je allein auf seine eigene Kraft angewiesen war, während man in Deutschland auf eine gewisse Hilfe des Staates bauen konnte. Dies trifft im wesentlichen sowohl für das Erziehungs- und Wohlfahrtswesen wie auch für die Finanzen zu.

Daß das kirchliche Leben in USA immer auf völliger Freiwilligkeit beruhte, dank der aber auch ein kirchliches Erziehungswesen vom Kindergarten bis zur Hochschule aufgebaut werden konnte, hat die Folge, daß der amerikanische Katholik im Gegensatz zum durchschnittlichen deutschen einen starken Sinn für seine persönliche Verantwortung nicht nur gegenüber der Kirche, sondern auch gegenüber dem öffentlichen Leben in Staat und Gesellschaft entwickelt hat. In Deutschland überläßt man das Notwendige gern den Behörden bzw. dem altgewohnten Zusammenwirken von staatlichen und kirchlichen Behörden. Fleege tadelt in diesem Zusammenhang vor allem

die Akademiker. „Einige Universitätsprofessoren . . . sind der Ansicht, daß sie keine andere Verpflichtung haben, als ihren Beitrag zur Forschung in ihrem begrenzten Sachgebiet zu leisten.“

Allzuviel Grundsätzlichkeit

Aus der Verantwortung entspringt die Initiative zur Tat im gegebenen Augenblick und Notstand. Die Initiative überläßt der deutsche Katholik, wenn nicht der Obrigkeit, dann den katholischen Organisationen, die vielleicht zu sehr in altgewohnten Bahnen wandeln. In USA ist man gewohnt, Aktionsprogramme möglichst auf das Nächstliegende einzurichten. Die deutsche Gründlichkeit und Neigung zur Spezialisierung dagegen findet mit Mühe den Weg von der Theorie und den Grundsätzen zur Tat.

Auch die deutsche Neigung zum Befehlsempfang spiegelt sich in den kirchlichen Organisationen. Besonders in der Erziehung der Jugendführer fällt dem Amerikaner in die Augen, daß das Führerprinzip eine größere Rolle spielt als Selbstverantwortung und Zusammenarbeit.

Zum Nachdenken stimmt auch die folgende Beobachtung. Bei aller Achtung vor dem deutschen Fleiß findet Fleeger, daß der Deutsche dazu neigt, aus der Arbeit einen Ersatz für Religion zu machen und, damit im Zusammenhang, zu ernst und humorlos zu sein. Ein guter Katholik müsse Sinn für Humor zeigen.

Alte Programme, neue Aufgaben

Mehr in der Struktur der katholischen Kirche als in den speziellen Verhältnissen Deutschlands begründet und darum diesseits wie jenseits des Ozeans anzutreffen ist eine weitere Schwäche, nämlich die im Vergleich zum Protestantismus zu wenig entwickelte verantwortungsbewußte Selbständigkeit des Laien, des christlichen Sendboten im öffentlichen Leben. Daraus ergibt sich, daß in der Gesellschaft der christliche Einfluß zu wenig zur Geltung kommt. „Wir neigen dazu, uns von persönlicher Verantwortung freizumachen, in dem Gefühl, daß sich unsere ordinierte Führerschaft mit jedem Arbeitsbereich zu befassen hat. Wegen dieser Art des Aufbaus von oben nach unten neigen wir auch dazu, an überlieferten Vorbildern und Programmen festzuhalten und damit die Kluft zwischen katholischen Grundsätzen und der Lösung nationaler Probleme größer werden zu lassen. Dies scheint mir heute für Deutschland besonders zuzutreffen.“ Und zwar, fährt Fleeger fort, „müßte fast jede katholische Organisation in höherem Maße ihren überkommenen Stil auf die unmittelbaren Bedürfnisse umstellen.“ Als Beispiel führt er an, wie wenig die Frauenorganisationen tun, um die Frau für eine segensreiche Ausübung ihrer politischen Rechte zu befähigen. Er tut dies in der Form der Frage, und wir möchten bemerken, daß wir alle seine freundschaftlichen Hinweise hier ein wenig kürzer und deutlicher wiedergegeben haben, als er es in seiner vornehm liebenswürdigen Art getan hat.

Nachtrag zum Bericht über den ersten deutschen Liturgischen Kongreß In unserm Bericht über den ersten deutschen Liturgischen Kongreß in Frankfurt im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz haben wir die neben den öffentlichen Vorträgen herlaufenden Arbeitsgemeinschaften zum

Schluß nur flüchtig aufgezählt. Wir geben heute noch einen kurzen Bericht über die Arbeiten, die in diesen Arbeitskreisen geleistet worden sind.

Liturgiegeschichte und Verkündigung

Im ersten Arbeitskreis „Liturgiegeschichte und Verkündigung“, der von Professor P. Jungmann, Innsbruck, geleitet wurde, stand das Thema Opfer Christi und Opfer der Kirche und die Frage, wie das Opfer der Kirche im Mitgehen und Mittun der Gläubigen stärker zur Geltung kommen könne, im Vordergrund. Ausgegangen wurde vom historischen Bild einer ersten Entfaltung des Mitopferns der Kirche, einer späteren Rückbildung und des nunmehrigen Wiederauflebens dieses Gedankens in der liturgischen Erneuerung. Die Aussprache, die sehr lebhaft war, ging dann aber den theologischen Grundlagen und den Wegen und Schwierigkeiten der heutigen Verwirklichung nach.

Grundlegend war die Erkenntnis, daß die Messe als Handlung verstanden werden muß, und zwar als Handlung Christi, an der die Kirche und in der Kirche die hier versammelte Gemeinde teilnimmt, wie immer dann diese Handlung erklärt wird, sei es durch Analyse des Opferbegriffes, sei es auf dem Wege der Mysterientheologie. Als entscheidende Voraussetzung zu einer stärkeren Realisierung des Mittuns der Gläubigen wurde die Erneuerung und Verlebendigung des Taufbewußtseins im Sinne des Corpus mysticum durch eine Glaubensverkündigung betont, die die Person Christi in den Mittelpunkt rückt und die Einzellehren von ihm her beleuchtet. Bei allem Festhalten an der Betrachtung des auf Erden wandelnden und leidenden Erlösers wurde der Aufblick zum erhöhten Herrn dafür als wichtiger Gesichtspunkt erkannt. Homiletische Wege der Hinführung in Sonntagspredigt und Kirchenjahr (besonders durch Betonung der Hochfeste und ihrer Festkreise) wurden näher besprochen.

Auch das mangelnde Sündenbewußtsein wurde als ein Grund des mangelnden Verständnisses für das Opfer genannt. Doch wurde dem der Grundsatz entgegengehalten, der in der ehemaligen Arkandisziplin zum Ausdruck kam, daß die Messe die Feier derjenigen ist, die als Gerechtfertigte schon im vollen Leben der Kirche stehen, daß die Messe zwar auch Sühnopfer ist, in erster Linie aber Dank- und Lobopfer der plebs sancta, eben Eucharistie.

Darum wurde die Notwendigkeit betont, daß in der Gestaltung der Feier die Linie der Eucharistia möglichst zur Geltung komme, z. B. auch darin, daß die Zäsuren vor der Präfation und am Ende des Kanons möglichst klar hervortreten, sowohl in der Druckgestaltung der Meßtexte wie auch — im Rahmen der bestehenden Vorschriften — im liturgischen Vollzug, vielleicht sogar auch darin, daß die Erhebung der Gestalten bei der Wandlung wieder im Sinne der Darbringung gedeutet wird. Die Symbolisierung des Geheimnisses durch die Stille wurde als wertvolle Hilfe erkannt; Möglichkeiten der Gestaltung und die besonders in größeren Kirchen bestehenden Schwierigkeiten wurden besprochen.

Meßkatechese

Von der zweiten Arbeitsgemeinschaft über die Meßkatechese berichtet Klemens Tilmann, daß der Arbeitskreis zunächst eine sehr beträchtliche Verschiedenheit der

Auffassungen und der Methoden festzustellen hatte. Man traf sich aber in der Erkenntnis, daß Ausgangspunkt aller Erklärung das Hochgebet der Eucharistia sein könne. In der Betonung der Ehre Gottes müsse schon der Opfergedanke aus dem sacrificium laudis herauskristallisiert werden. Die Aufmerksamkeit sei nicht nur auf die Speise, sondern auf den gegenwärtigen Hohenpriester hinzuwenden. Wenn vom lebendigen Christus, nicht von einem alttestamentlichen Ausgangspunkt, der Opferbegriff abgeleitet werde, dann könne damit wieder leicht das Vater-Kind-Verhältnis verknüpft werden. Und auf diese wesentlichen Bezüge komme es heute auch in der praktischen Frömmigkeit und gerade in ihr an.

Liturgie und priesterliche Frömmigkeit

Die dritte Arbeitsgemeinschaft über Liturgie und priesterliche Frömmigkeit wurde von Professor J. Pascher, München, geleitet.

Die Arbeitsgemeinschaft bemühte sich um die priesterliche Frömmigkeit, die im Eingehen in die heilige Wirklichkeit des liturgischen Bereiches zur Entfaltung kommen will. Auf weite Strecken trifft dieses Mühen auch die liturgische Frömmigkeit des christlichen Volkes.

Die psychologische Schwierigkeit entsteht in dem Versuch, sich in eine vorgegebene objektive Form hineinzubegeben. Wird der Beter mit der Zumutung nicht fertig, so besteht die Gefahr eines bloßen Funktionierens und eines Absterbens des wirklichen Gebetes. Die sogenannte Intention kann wenigstens den Kern der Persönlichkeit für die Richtung auf Gott retten. Aber es gilt, diese Intention zu lebendiger Fülle zu entfalten. Die Arbeitsgemeinschaft war überzeugt, daß die Einfügung neben der Liturgie dringend eines an ihr ausgerichteten privaten Betens bedarf; sie wies besonders auf die Betrachtung hin.

Der Vollzug der Liturgie hängt in seiner Vollkommenheit weitgehend von dem Verstehen der liturgischen Gestalten ab. Die Arbeitsgemeinschaft erkannte in der Liturgie den Grundcharakter einer heiligen Feier, die eine freudige Feier sein sollte. Man überlegte die Hemmnisse, die dem entgegenstehen. Im einzelnen erörterte man die Grundgestalten der Lesung, des Liedes (Psalm, Hymnus, Antiphon, Responsorien usw.) und der Oration. Jeder Grundgestalt entspricht die ihr eigene Form des Vollzuges: der Lesung das gläubige Hören (auch in der privaten Rezitation), dem Lied die Haltung des Singens, der Oration das Wagnis der Liebe in unmittelbarem Anreden des Vaters oder Christi. Der Priester sollte sich im Beten Zeit nehmen, die Lesung still bedenken, sich dem Lied zur seelischen Resonanz öffnen und in der knappen Oration ernst in das Angesicht Gottes schauen.

Die Arbeitsgemeinschaft erörterte eingehend die praktischen Schwierigkeiten, die dem idealen Vollzug entgegenstehen. Sie bittet die Hochwürdigsten Bischöfe, auf Beschleunigung der Brevierreform hinzuwirken. Sie fordert die Mitbrüder auf, zwar im ernstesten Willen zu würdigem Gotteslob ohne Laxheit der heiligen Kirche gehorsam zu sein, aber in Freude und Freiheit der Kinder Gottes die Lage zu bewältigen, wenn die ganze Erfüllung der Brevierpflicht zur Unehre Gottes oder zur Verkümmern eines wirklichen Gebetslebens würde. Die Arbeitsgemeinschaft fordert die Mitbrüder auf, sich den sinngemäßen Vollzug nicht dadurch zu verbauen, daß sie bei der Feier der heiligen Messe zugleich Brevier beten.

Die Sonntagsmesse

Vom vierten Arbeitskreis über die Sonntagsmesse unter Leitung der Herren Gilden und Brands wird berichtet, daß sich zunächst zwei grundlegende Schwierigkeiten zeigten: die Verständigung zwischen Männern, die auf ganz verschiedenen Stufen der Arbeit stehen; und die ungelöste Frage des Propriums im Amt. Man wurde sich deutlich bewußt, wie sehr man noch am Anfang der Arbeit steht und wie wichtig infolgedessen der brüderliche Austausch ist.

Nachdem über die seelsorglichen und religiösen Voraussetzungen der Mitfeier der Liturgie und über Gelegenheiten zur Einführung in die liturgische Praxis für Theologiestudenten und Neupriester gesprochen worden war, wandte die Arbeitsgemeinschaft sich der Erörterung der Verwirklichung der 13 Punkte zu, die Pfarrer Gilden auch in seinem öffentlichen Vortrag aufgestellt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz H. 11, S. 483). Man betonte den Grundsatz: nicht so viele Sonntagsmessen wie möglich, sondern wie nötig. Der Schwerpunkt soll auf der liturgischen Gestaltung des Hauptgottesdienstes liegen. Man wünscht die Herausgabe einfacher Proprien für die wichtigsten Sonntage des Kirchenjahres.

Weiterhin behandelte man die Frage der Spätmesse. Zur Gestaltung der Kindermesse war man sich klar, daß alle infantilen Formen zu meiden sind, daß es vielmehr gilt, zur großen Form der Messe hinzuführen, auch in bezug auf die Heilige Schrift.

Man wünschte, es solle ein wirkliches Volksmeßbuch entwickelt werden (Sonntagsmeßbuch mit kombinierten Gemeindemessen einfacherer Art und Ergänzungstexten). Man wünschte die Neuherausgabe der vom Liturgischen Institut gesammelten Richtlinien für Gemeinschaftsmessen. Man bittet die H. H. Bischöfe um deren Veröffentlichung, wo diese früher unterblieben ist. Man bittet um die Erlaubnis zur Einführung des „Deutschen Hochamts“.

Die Priester erklärten ihre Bereitschaft, die Mitarbeit der Laien, besonders der Fachleute (z. B. Musiker) für die Gestaltung der Gottesdienste heranzuziehen. Akoluthie ist Sache der Großen, erst recht die Rolle des Lektors. Die Kollekte im „Sacrum“ soll für das Sacrum und für die Armen sein. Man wünscht die Hostien echter gestaltet zu sehen, brotähnlicher. (In der Zeit der täglichen Konsekration verliert die Rücksicht auf die Fassungskraft der Ziborien ihre Bedeutung.)

Schließlich wünscht man, daß die Ergebnisse des Kongresses den Ordinarien zugeleitet werden möchten, um sie für die Arbeit in den Diözesen fruchtbar zu machen.

Die Sonntagsmesse im Dorf

Der fünfte Arbeitskreis „Die Sonntagsmesse im Dorf“, unter Leitung von Pfarrer Carl Maier, war stark von Vertretern aller deutschen Diözesen besucht. Die Aussprache darüber, ob an den hergebrachten Formen der Meßfeier im Dorf etwas zu ihrer Verlebendigung getan werden könnte, war sehr lebhaft. Als Ergebnis wurde folgendes festgestellt:

Der Dorfklerus ist weithin noch nicht von einer liturgischen Erneuerungsarbeit erfaßt und einheitlich auf die Durchführung einer solchen ausgerichtet. In bäuerlichen Gemeinden ist sogar passiver Widerstand gegen jede Änderung des Sonntagsgottesdienstes zu verzeichnen. Zu verzeichnen ist weithin eine Flucht in die Frühmesse, um

den Sonntag für Sport und sonstige Veranstaltungen frei zu haben. Es sollte keine Frühmesse ohne Verkündigung des Gotteswortes gehalten werden, und überall, wo es möglich ist, ist auch das Lied in der Meßfeier in der Frühe zu pflegen.

Im Hauptgottesdienst sollte das polyphone Amt abwechseln mit der hergebrachten Singmesse, dem Choralamt und der Gemeinschaftsmesse, wobei die Lieder dem Kirchenjahr und dem jeweiligen Meßtext Ausdruck geben sollen. Das deutsche Hochamt wurde besonders begrüßt. Gewünscht und als Entschließung wurde weitergegeben:

Die Bekanntmachung der Leitsätze der deutschen Bischöfe für die einheitliche Gestaltung des Gottesdienstes.

Einheitliche Ausrichtung in der Ausbildung der Theologen wie des Seelsorgsklerus auf die liturgische Arbeit.

Einrichtung eines liturgischen Apostolates, von dem aus die liturgische Arbeit in jeder Diözese gelenkt und geleitet und der Klerus beraten wird.

Stärkere Auswertung des Brauchtums auf dem Land, besonders durch den Gebrauch der deutschen Sprache bei den Weihungen und Segnungen.

Der Gesang in der Sonntagsmesse

Im sechsten Arbeitskreis über den Gesang in der Sonntagsmesse, über dessen Ergebnis Pfarrer Dr. Kirchgässner berichtet, war man sich einig, daß das Ordinarium immer mehr der Gemeinde zu übertragen sei. Unbeschadet dessen können die Kirchenchöre alte und neue Propriumsgesänge pflegen. Das lateinische Choralamt sei ein zu erstrebendes Hochziel, aber Monopol sei weder dieses noch das Kirchenlied. Die Pflege einer maßvollen Mannigfaltigkeit scheine durchaus wünschenswert. Wichtig sei vor allem, daß jedes Lied an seinem Platz, an der richtigen Stelle stehe. Neue Formen und neue Kompositionen seien sehr erwünscht. Man bittet, das Liturgische Institut möge sich um die Herausgabe solcher Hilfsmittel bemühen.

Vorlesen und Vorbeten im Gottesdienst

Die siebte Arbeitsgemeinschaft „Vorlesen und Vorbeten im Gottesdienst“ unter Leitung von Fritz Schweinsberg ging aus von einer kurzen Darstellung des Wesens und der Ziele der kirchlichen Sprecherziehung. An Hand von aus der Praxis gewonnenen Magnetophon-Schallaufnahmen zeigte Schweinsberg den gegenwärtigen Stand der liturgischen Wortgestaltung. An guten und schlechten Beispielen machte er klar, wie gelautet werden müßte, um der Würde des religiösen Wortes und des sakralen Raumes gerecht zu werden.

Aus den Äußerungen der Arbeitskreisteilnehmer leuchtete immer wieder hervor, daß die Bedeutung, die dem lebendigen Wort im Gesamtvollzug der Liturgie zukommt, richtig gewertet wird. Aber es zeigt sich auch, daß den meisten Liturgen die Einsatzmöglichkeiten und Einsatzformen der Sprache nicht hinreichend bekannt sind. Vor allem ist man sich — wie an Beispielen nachgewiesen wurde — der wesenhaften Unterscheidungsmerkmale zwischen Singen und Sprechen nicht klar bewußt.

Wie die Beispiele zeigten, wird man in der Gottesdienstgestaltung stets am besten fahren, wenn man gemeinsames Sprechen zugunsten gemeinschaftlichen Singens möglichst einschränkt. Jedenfalls müssen überall da, wo etwas gemeinsam gebetet werden soll, die Wesensgesetze des gesprochenen Wortes verpflichtend bleiben.

Folgende Wünsche wurden von den Teilnehmern formuliert:

In allen Fragen, die sich mit dem gesprochenen und gesungenen Wort befassen, möchten die kirchlichen Stellen anerkannte Sprecherzieher mitberaten lassen.

Den Theologiestudenten sollte rechtzeitig und ausgiebig Gelegenheit gegeben werden, sich für ihren Beruf die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten auf dem Gebiet der Sprecherziehung zu erwerben, wie es hier und da auch schon geschieht. Da der Sprechausdruck einen Teil des gesamt menschlichen Ausdrucksvermögens darstellt, sind durch gelegentliche Schnellkurse keine nachhaltigen Erfolge zu erwarten. Es ist daher notwendig, die Sprecherziehung als verpflichtendes Lehrfach über mehrere Semester in den Studiengang aller Theologen einzubauen.

Kirchenbau, Kultgewand und Kultgerät

Die Leitung der achten Arbeitsgemeinschaft über Kirchenbau aus dem Geist des Gottesdienstes, Kultgewand und Kultgerät lag bei P. Theodor Bogler, Maria-Laach. In diesem Kreis kam man zu folgenden Ergebnissen:

Notwendig ist eine echte, neuzeitliche, aus dem Stilwillen unserer Tage geformte Gestaltung sowohl des Kirchenbaues wie des Kultgerätes und aller Kultgewänder. Im Kirchenbau war es Ansicht der Arbeitsgemeinschaft, daß dem Innenraum der Vorrang gebühre gegenüber dem Außenbau. Es trat der Wunsch hervor, daß der freistehende Altar auch die Möglichkeit der *Celebratio versus populum* biete. Beim Kultgewand wurde als besonders wünschenswert die Durchbildung der Gewänder für *Ministri* herausgestellt.

Diözesangebetsbuch, Volksmeßbuch und Sonntagsmeßbuch

In der neunten Arbeitsgemeinschaft über das Diözesangebetsbuch, Volksmeßbuch und Sonntagsmeßbuch, geleitet von Professor Dr. Th. Schnitzler, ging man von der Tatsache aus, daß wir in einer Erneuerungsarbeit stehen. Das sei an allen Gebetbüchern festzustellen. Die große Aufgabe auf weite Sicht seien Einheitstexte, nach denen in allen Diözesen gleich gebetet und vorgebetet werden könne. Da die Not der Zeit die Diözesen zum beschleunigten Abschluß ihrer Arbeit gezwungen habe, sei das Ziel noch nicht in dem Umfang erreicht, wie man es wünschen möchte. Es besteht bereits eine Sammlung der Einheitstexte, die erweitert werden könne: Ordinarium und Kanon *Missae*, Meßantiphonar in der neuen Fassung, *Litanien*, *Weihegebete*, *Psalter*. Es werde Sorge dafür getragen, daß diese Texte mehr in Umlauf kommen.

Meßdienererziehung

In der zehnten Arbeitsgemeinschaft über Meßdienererziehung, die ebenfalls unter der Leitung von Professor Dr. Th. Schnitzler, Köln, stand, wurde auf die vorbildliche Arbeit Hollands hingewiesen. Jede Pfarrei müsse eine Schar guter Meßdiener haben. Das Alter solle man nicht beschränken. Auf alles Theatralische auch in der Kleidung (*Pileolus* und *Pelzbesatz*!) müsse verzichtet werden. Die Meßdienererziehung strebe bewußt nach Zusammenarbeit mit der Jugendführung.

Die Presse und das liturgische Anliegen

In der elften Arbeitsgemeinschaft über das liturgische Anliegen in der katholischen Presse, deren Leitung P. Dr. Damasus Zähringer, Beuron, und Stadtpfarrer Josef Hirschvogel, Lindau, oblag, wurden im Anschluß an ein Memorandum, das Stadtpfarrer Hirschvogel vortrug, sieben praktische Gesichtspunkte herausgestellt:

1. Das Kirchenblatt darf nie negativ eingestellt sein. Interesselosigkeit, geschweige denn Polemik in liturgischen Fragen ist unbedingt zu verurteilen.

2. Der Schriftleiter selbst muß von dem Anliegen der liturgischen Erneuerung ergriffen sein.

3. Von den praktischen Möglichkeiten, die ausgenützt werden müssen, ist wohl der liturgische Kalender die erste, aber nicht immer die einfachste. Man darf sich nicht mit einer trockenen Aufzählung von Daten und einer Wiedergabe rubrizistischer Anweisungen begnügen. Die einzelnen Tage sollen durch kurze Bemerkungen, durch Lösungsworte und kennzeichnende Schlaglichter aufgelockert und ausgewertet werden.

4. Eine systematische liturgische Pädagogik wird immer wieder in eigenen Artikeln und Artikelserien zentrale Themen behandeln wie Meßopfer, Kirchenjahr, Symbole und wesentliche Grundbegriffe liturgischer Frömmigkeit wie Erlösungswerk, Gnadenbewußtsein, Gottesreich, Gemeinschaft usw. auszudeuten versuchen. Hier ist eine Planung auf weite Sicht vonnöten.

5. Ein günstiger Ansatzpunkt schriftleiterischer Arbeit wird auch jeweils die Sonntagsvorbereitung bleiben. Allerdings ist sich die Arbeitsgemeinschaft der Schwierigkeit, für solche Beiträge gute Mitarbeiter zu finden, sehr schmerzlich bewußt. Es ergeht die Aufforderung an die Vollversammlung des Kongresses, verborgene Talente möchten ihr Licht leuchten lassen.

6. Einig ist man sich in der Arbeitsgemeinschaft darüber, daß der Nachrichtendienst über liturgische Ereignisse in der Diözese und in aller Welt ein sehr brauchbares erzieherisches Mittel sein könnte. Von solchen Mitteilungen aus kann eine heute immer noch nicht überflüssige liturgische Apologetik gepflegt werden. Ein Nachrichtendienst wäre dringend erwünscht.

7. Buch und Bild stellen wertvolle Hilfsmittel dar. Das Kirchenblatt sollte regelmäßig das selbstgewählte wertvolle liturgische Buch besprechen und empfehlen. Im Bild soll das Kirchenblatt nicht einer Illustrierten gleichen und nur dem Auge dienen wollen. Die Bildauswahl ist sehr sorgfältig und erzieherisch zu treffen. Auch auf liturgischem Gebiet könne man gelegentlich einen Bilderkatechismus in Fortsetzungen bieten (z. B. Meßopfer, Sakramente, Kirchenjahr).

Erster internationaler Kongreß über Probleme der Jugendverwahrlosung

Es bedarf nicht der alarmierenden Ziffern der Jugendkriminalität, um die Jugendverwahrlosung als eines der ernstesten Probleme unserer Zeit zu erkennen. Seelsorger, Fürsorger, Lehrer, Ärzte stoßen fast täglich auf die Tatsache einer Jugendverwahrlosung größten Ausmaßes, deren Ursachen nicht nur der Krieg und seine Folgen, sondern auch die abnehmende erzieherische Kraft der Familie und das Fehlen fester Lebensideale sind.

Aus dieser Situation fand vom 24. bis 28. Juli in Salzburg der erste internationale Kongreß über Probleme der Jugendverwahrlosung statt. Veranstalter waren die Caritas Österreichs — der seit 1948 von der Caritas Internationalis die Sectio Educatio curativa anvertraut ist — und das Institut für vergleichende Erziehungswissenschaft in Salzburg. Die Teilnehmer waren 200 Delegierte aus neun Nationen, unter ihnen eine Reihe erster Fachleute: Pädagogen, Leiter von Zentralstellen, Schulen und Heimen.

In der Eröffnungssitzung im Kaisersaal der Residenz am Abend des ersten Tages sprachen der Vorsitzende der österreichischen Caritas, Generalvikar Dr. Weinbacher, der Generalsekretär der Caritas Internationalis, Monsignore Crivelli, der Leiter des Institutes für vergleichende Erziehungswissenschaft, Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider, Fürstbischöf Dr. Andreas Rohrer, und Landeshauptmann Dr. Josef Klaus. Anschließend hielt Frau Univ.-Prof. Dr. Laure Dupraz, Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg (Schweiz), den Festvortrag über das Thema: „Die christliche Erziehung der Persönlichkeit“.

Die tags darauf beginnende Arbeitstagung umfaßte vier volle Tage und brachte eine Fülle wertvoller, weil praktisch gerichteter Referate.

Innere und äußere Gründe der Verwahrlosung

Das erste Referat von Doz. Dr. Hans Asperger, Wien, über „Seelische Abwegigkeiten als Ursache der Jugendverwahrlosung“ wies auf die inneren Ursachen der Verwahrlosung hin. Gefährdet ist derjenige, bei dem die richtige Verschmolzenheit der menschlichen Persönlichkeit, der Trieb- und Gefühlsschicht und des Denkkapparats fehlt, wobei der Grad der Intelligenz als solcher kaum eine Rolle spielt. Die wichtigste Therapie ist, solche Menschen zu echter Leistung zu führen und sie instinktiv und gefühlsmäßig richtig zu verankern. Den stärksten Einfluß hat der liebende Mensch, der sich in lauterer Hingabe in die gestörte Situation stellt.

Demgegenüber stellte Abbé Bissonier, Leiter der Kinderhilfszentrale in Paris, die äußeren Ursachen der Verwahrlosung heraus: schlechte Wohnverhältnisse, falsche Erziehung von seiten der Eltern, intellektuelle Einseitigkeit des Schulunterrichtes und — keineswegs von geringer Bedeutung — der Papierkrieg der öffentlichen Verwaltung, wodurch die äußere Kontrolle an die Stelle des Gewissens gesetzt wird.

Heime, Erziehungsberatung, Familie

Über die Beobachtungsheime in der Schweiz sprach Univ.-Prof. Montalta, Freiburg (Schweiz). Diese Heime, in denen Hemmungen des Wertsinnes festgestellt und Heilungsmöglichkeiten überprüft werden, haben viel Gutes gewirkt und vor allem Eltern, Erzieher und Behörden aufgerüttelt.

Die Leistungsfähigkeit einer Erziehungsberatungsstelle legte Frau Dr. Maria Loofs, Leiterin der Erziehungsberatungsstelle in Freiburg/Breisgau dar. Bei gut der Hälfte der behandelten Fälle zeigte sich deutlich eine Wendung zum Guten und eine erleichterte soziale Anpassung. Übrigens teilte Frau Loofs mit, daß nach ihren Feststellungen nur 34% der Kinder aus normalen Familien stammen; 24,8% der Kinder kommen aus geschiedenen oder zerrütteten Ehen, 19,6% sind unehelich und 13,2% Vaterwaisen.

Hinsichtlich der Erziehungsheime forderte Direktor G. von Mann vom Deutschen Caritasverband, Freiburg/Breisgau, daß das bisherige Anstaltswesen durch eine familienhaft geprägte Heimerziehung — mit kleinen Gruppen, Mischung der Altersstufen, Wohnstube und Familienähnlichkeit — überwunden werden müsse.

Über die Erfahrung mit der Methode P. Flanagans in Belgien und Deutschland berichteten der Leiter der „Jongensstad Leeuwenhof“ in Drongen, Belgien, Sylvain de

Baere, und der Leiter der Jungenstadt Buchhof, Bayern, *Joh. Zielinski*. Beide stellten fest, daß sich die amerikanischen Verhältnisse nicht ohne weiteres auf Europa übertragen lassen. So ist man in Bayern von der Selbstverwaltung zur Mitverwaltung übergegangen. Die Erfolge sind ausgezeichnet. Wie Father Flanagan sagt Dir. De Baere, daß es im Grunde keine schlechten Jungen gebe.

Die Rolle der Pflegefamilie für die Erziehung Verwahrloster war Gegenstand eines Referates von Frau Dr. *Luise Joerissen*, München. Sie bezeichnete die Unterbringung in Pflegefamilien als die beste Lösung. Die Vorurteile gegen Pflegemütter sind im allgemeinen nicht berechtigt. Leider aber ist die Zahl der Pflegeeltern stark zurückgegangen. Je mehr Kinder da sind, die Pflegeeltern brauchen, desto weniger Familien gibt es, die fähig sind, Jugendliche aufzunehmen.

Über die „Bedeutung der Familie im Kampf gegen die Jugendverwahrlosung“ sprach Prof. *Friedrich Schneider*. Er sieht eine der Hauptursachen der Jugendverwahrlosung in den schädlichen Einflüssen, die von der Familie ausgehen. Voraussetzung für gesunde Familien ist vor allem der soziale Wohnungsbau. Soweit die Ursache der Verwahrlosung im moralischen Versagen der Eltern liegt, ergibt sich die Notwendigkeit, die Eltern zur Selbsterziehung anzuregen. Die Erziehung der künftigen Eltern muß schon bei den Jugendlichen des letzten Schuljahres einsetzen und durch Brautleute-Kurse, Buch und Presse usw. weiter vertieft werden.

Von den anderen Referaten ist das von P. *Hornauer* S. D. B., Linz, über die erzieherische Bedeutung des Laienspiels hervorzuheben. P. Hornauer schätzt diese Bedeutung sehr hoch ein. Denn das Laienspiel entspricht der Forderung nach ganzheitlicher Erziehung, ist wie ein zweites Leben, wie eine Übung des idealen Lebens und wandelt damit aufs stärkste die Gesinnung des Spielers wie des Zuschauers.

Die Bedeutung der religiösen Werte

Der letzte Tag stellte vor allem die Bedeutung der religiösen Werte in den Vordergrund. Neben der sozialen Not und dem Versagen der Familie ist eine Hauptursache der Jugendverwahrlosung die Zerstörung der Wertordnung. Eine Welt ohne Gott, ohne Mitte, muß auch dem Menschen die Mitte rauben. Ein schlagender Beweis für diese These war die Feststellung von *Urban Fleege* von der Religious Affairs Branch, Bad Nauheim, daß die Jugendkriminalität in den Vereinigten Staaten ständig im Wachsen begriffen ist trotz des wirtschaftlichen Wohlstandes, trotz des zunehmenden Schulbesuches und der zunehmenden Zahl der Sozialämter und trotz der Verwendung psychoanalytischer Methoden für die Behandlung schwer erziehbarer Kinder. Fleege sieht die Ursache für diese Entwicklung in der Vernachlässigung der religiösen Motive. Ein anderer Referent, Pfarrer *Albert Otteny*, Wien, stellte aus seiner Erfahrung fest, daß Einkehrtage und Exerzitien bei Fürsorgezöglingen gute Erfolge erzielten.

Wertvolle Ergänzungen boten weiter die Referate über die sexuelle Erziehung in Frankreich, wo sich auch die Schule einschaltet und jährlich zehntausend Erzieher an

Kursen über die rechte Art und Weise der sexuellen Aufklärung in der Schule teilnehmen; über die Rolle der Präventivpädagogik in Holland und über die Situation in Spanien.

Die Resolution

Zum Abschluß nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Der erste internationale Kongreß über Probleme der Jugendverwahrlosung stellt fest,

I. daß es für die Jugendverwahrlosung innere und äußere Ursachen gibt, die durch vorbeugende Pädagogik und caritative Bemühungen bekämpft und behoben werden müssen;

II. daß als ihre Hauptursachen der Zerfall der Familie, das ungesunde soziale Milieu, die Wohnungsnot, der materialistische Zeitgeist und das verminderte Verantwortungsbewußtsein der Erwachsenenwelt angesprochen werden müssen.

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich eine Reihe von Forderungen, hinter die sich der Kongreß stellt. Es werden gefordert:

1. Maßnahmen zur Erziehung zu Ehe und Familie in der Schule, in Brautkursen, Elternkursen, Einkehrtagen und in Vereinen unter Benutzung aller modernen Propagandamittel, wie Presse, Rundfunk, Film usw.;

2. Energische Förderung eines sozialen Wohnungsbaus;

3. Entgiftung des öffentlichen Lebens und rücksichtslose Bekämpfung von Schmutz und Schund;

4. Als Erziehungshilfe für die ihrer erzieherischen Aufgabe nicht gewachsene Familie a) eine Vertiefung der psychologischen und pädagogischen Ausbildung der Lehrer aller Schularten, so daß sie besser als fachliche Berater der Eltern in Erziehungsfragen wirken können; b) die Einrichtung einer genügenden Zahl von Erziehungs- und Beratungsstellen, womöglich mit Beobachtungsheimen und Horten. Jede dieser Einrichtungen soll über eine fachwissenschaftliche Equipe verfügen, welche im Minimum aus den Pädagogen, einem Psychiater, Psychologen und Seelsorger besteht; c) hinreichende, erzieherisch einwandfreie Unterbringungsmöglichkeiten für die gefährdeten, geschädigten und schwer erziehbaren Kinder und Jugendlichen, und zwar eine genügende Anzahl von Pflegefamilien und spezialisierte Erziehungsheime mit Verwirklichung des Familienprinzips oder (und) des Gruppensystems; d) Ausbau der entsprechenden Fürsorge.

5. Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen für Erzieher von Schwererziehbaren (Einrichtung und Ausbau der entsprechenden Fachschulen und der heilpädagogischen Seminarien, letztere, wenn möglich, in Verbindung mit einer Universität).

Dazu muß der Einsatz aller religiösen neben den natürlichen Erziehungsmitteln kommen, weil ohne religiöse Fundierung eine wirklich ganzheitliche Erziehung und Umerziehung unmöglich ist.“

Aus Süd- und Westeuropa

Enzyklika „*Humani generis*“ über theologische Zeitirrtümer Papst Pius XII. erließ am 12. August ds. J. eine Enzyklika über: „Einige irriige Meinungen, welche die Grundlagen der katholischen Lehre zu untergraben drohen“. Die Enzyklika beginnt mit den Worten „*Humani generis*“

in rebus religiosis ac moralibus discordia“. Sie ist im „Osservatore Romano“, vom 21./22. August veröffentlicht. Da in diesem Augenblick der Druck des gegenwärtigen Heftes bereits fortgeschritten war und zudem der amtliche deutsche Text noch nicht vorlag, wird die Herder-Korrespondenz die Enzyklika in ihrem nächsten Heft wiedergeben.

Es ist bereits aus dem Titel des Rundschreibens zu ersehen, daß es sich um eine Äußerung des obersten Lehramtes der Kirche handelt, der in der Auseinandersetzung der gläubigen Katholiken mit dem Geist unserer Zeit höchste Bedeutung zukommt. Vor allem aber werden der theologischen und philosophischen Wissenschaft in dieser Auseinandersetzung die richtigen Wege gewiesen und gewisse neuere Versuche, die Denkformen und Denkhaltungen unserer Zeit mit dem katholischen Offenbarungsbewußtsein und der theologischen Begriffswelt in nähere Berührung zu bringen, auf ihr rechtes Maß zurückgeführt.

Die Enzyklika nennt unter den geistigen Bewegungen unserer Zeit, denen sich katholische Theologen in gefährlicher Weise zu nähern versuchten, den Evolutionismus, Idealismus, Immanentismus, Pragmatismus, Existenzialismus und Historizismus. Sie kennzeichnet es als Irrtum, wenn der katholische Theologe in einer falschen Art von „Irenismus“ oder in falschverstandenen apostolischem Eifer diesen Bewegungen eine Theologie gegenüberzustellen versucht, die nicht etwa nur „vervollkommenet“, sondern „vollständig erneuert“ ist.

Die Enzyklika legt eingehend dar, welche theologischen Meinungen in diesem Sinne irrig sind. An erster Stelle nennt sie den „dogmatischen Relativismus“, der die Dogmen in ihrem Sinn und Wortlaut möglichst einschränkend auslegt und die philosophischen Begriffe, deren sich die Kirche bei der Dogmenformulierung bedient, in Frage stellt. Wenn auch die Kirche „nicht an ein vorübergehendes philosophisches System gebunden sein kann“, ruhen doch andererseits ihre jahrhundertalten Begriffe und Ausdrucksweisen nicht auf einer derart hin-fälligen Grundlage, zumal sie unter der Aufsicht des kirchlichen Lehramtes herausgebildet worden sind, das jene Theologen überhaupt verkennen. Sie verkennen aber auch die richtigen Grundsätze für die Auslegung der Schrift. Die Theologie hat die Pflicht, „zu zeigen, wie die Äußerungen des lebendigen Lehramtes ausdrücklich oder eingeschlossen in der Heiligen Schrift und Überlieferung enthalten sind“. Sie hat dabei vom Wort-sinn und der geschichtlichen Authentizität auszugehen, nicht aber von der Auffassung, als müsse man der Bibel in erster Linie einen uneigentlichen, „geistlichen“ Sinn unterlegen. Von solchen Prinzipien aus sind, wie die Enzyklika sagt, einige Theologen zu einer Reihe von Irrtümern gelangt, die das Verhältnis von Vernunft und Glauben, von Schöpfung und Gnade, Erbsünde und Erlösung, Kirche und Corpus Christi mysticum, Offenbarung und Geschichte, also wesentliche Lehren der Konzilien von Trient und dem Vatikan betreffen.

Die philosophischen Irrtümer, die in der Enzyklika berichtigt werden, entstehen daraus, daß man die Philosophie, die sich der Methode, Lehren und Grundsätze des hl. Thomas bedient, als „veraltet in ihrer Form und rationalistisch in ihrer Denkweise“ mißversteht. Diese

Philosophie, sagt der Papst, besitzt gegenüber jeder anderen eine „einzigartige Überlegenheit“. Es ist ein Irrtum, wenn man behaupten wollte, daß sich die katholische Lehre ebenso gut in allen anderen philosophischen Systemen ausdrücken läßt, wenn man diese da und dort korrigiert.

Im letzten Teil der Enzyklika werden die bekannten Grundsätze über das Verhältnis zwischen Offenbarung, Geschichte und Naturwissenschaft in Erinnerung gebracht.

Die Bischöfe werden verpflichtet, strengstens darüber zu wachen, daß die gekennzeichneten Irrtümer weder mündlich noch schriftlich weiterhin gelehrt werden.

Das Dogma der Himmelfahrt Mariä Die deutschen Zeitungen haben bereits die Nachricht gebracht, daß der Heilige Vater am Vorabend des Festes Mariä Himmelfahrt seine Absicht bekanntgegeben hat, am 1. November dieses Heiligen Jahres das Dogma der Himmelfahrt Mariä feierlich zu verkünden. Man hat sich in der katholischen Welt seit langem gefragt, ob dieses Dogma zur Krönung des Heiligen Jahres verkündet werden würde, ob seine Definibilität geklärt und seine Verkündung in dem jetzigen Augenblick opportun sei. Die Entscheidung ist jetzt gefallen. Der „Osservatore Romano“ bestätigt, daß das Dogma am 1. November 1950 verkündigt wird, und veröffentlicht in seiner Nummer vom 16./17. August einen sehr interessanten und aufschlußreichen Bericht über die Vorgeschichte der Definition dieses Dogmas aus der Feder P. Wilhelm Hentrichs SJ.

Die Bewegung für die Definition dieses Dogmas hat vor 100 Jahren im Anschluß an die Erklärung des Dogmas von der Unbefleckten Empfängnis begonnen. Nach dem ersten Weltkrieg hat sie sich auf die ganze Welt ausgedehnt. Seither sind von überall her Petitionen an den Heiligen Stuhl gerichtet worden, er möge zur Verkündung dieses Dogmas schreiten.

Auch in Deutschland hat sich die Hierarchie und die theologische Wissenschaft an diesen Petitionen beteiligt. So sind Anträge von den Erzbistümern Bamberg und Osnabrück, von den Theologischen Fakultäten der fünf theologischen Hochschulen Bamberg, Dillingen, Eichstätt, Frankfurt und Paderborn und von den Professoren der dogmatischen Theologie an den drei Universitäten München, Freiburg und Bonn, außerdem von den Rektoren und Professoren der Priesterseminare in Bamberg, Köln, Eichstätt, Limburg, Speyer, Paderborn, Hildesheim, Münster, Osnabrück, Passau und Würzburg nach Rom gegangen.

In der Enzyklika „Deiparae Virginis“ hat Papst Pius XII. am 1. Mai 1946 allen Bischöfen der Welt die Frage vorgelegt, ob sie die Erhebung des Glaubens an die Himmelfahrt Mariä zum Dogma für zur Verkündung reif und für opportun hielten. Die Antworten sind in einem besonderen Archiv gesammelt worden und bezeugen eine fast vollständige Einstimmigkeit in der Zustimmung zur Verkündung des neuen Dogmas. 1191, d. h. 94 Prozent aller residierenden Bischöfe, inklusive der Kardinäle und Patriarchen, die residierende Bischöfe sind, haben auf die Frage geantwortet. 1022 haben positiv geantwortet; weitere 111 hatten bereits früher spontan eine Bittschrift eingereicht; für 36 va-

kante Sitze haben die apostolischen Administratoren oder die Kapitelsvikare bejahend geantwortet. Das bedeutet: 1169 Stimmen oder 98,2 Prozent waren positiv; nur 22 Bischöfe haben gewisse Zweifel an der Opportunität geäußert, nur 6 von diesen auch Zweifel an der Möglichkeit der Definition. Eine solche allgemeine Übereinstimmung hat sich unter den residierenden Bischöfen selten vor der Definition eines Dogmas gefunden.

Die gleichen Verhältnisse fanden sich bei den anderen Kategorien der Ordinarien. Von den Äbten und Prälaten, den apostolischen Administratoren, den Prälaten des orientalischen Ritus haben 97 Prozent positiv geantwortet. Nur zwei Antworten gaben Zweifeln Ausdruck. Von den apostolischen Vikaren haben 206, d. h. 94,5 Prozent geantwortet, davon 168 positiv, 20 hatten bereits vorher Bittschriften eingereicht; für 15 vakante Vikariate haben die apostolischen Administratoren positiv geantwortet, so daß auch hier im ganzen 98,5 Prozent positiver Antworten vorliegen.

Von den 14 Kardinälen, die im Jahr 1946 nicht residierende Bischöfe waren, haben 13 mit Begeisterung zugestimmt; nur einer hat noch nicht geantwortet. Auch von den Titularbischöfen, die in den bisherigen Rubriken nicht eingeschlossen sind, sind 99 Prozent positive Antworten eingegangen. Die Antworten von 59 apostolischen Präfekten und 7 Missionsoberen sind alle positiv. Besonders interessant ist auch die Statistik der 17 mit dem römischen Stuhl verbundenen orientalischen Kirchen: die 54 eingetroffenen Antworten sind außer einer alle positiv. So besteht also eine fast einstimmige Zustimmung.

Man hat sich besonders die Frage gestellt, ob die Verkündigung des Dogmas bei den anderen christlichen Konfessionen Unruhe hervorrufen könnte. Um hier die Situation zu klären, war der englische Episkopat damit beauftragt worden, in seinem durchweg protestantischen Land eine Rundfrage anzustellen; er hat die Opportunität der Dogmenverkündigung bestätigt.

Der Papst über die Vereinheitlichung des Privatrechts Am 15. Juli empfing der Heilige Vater die Teilnehmer am ersten Internationalen Kongreß für Privatrecht in besonderer Audienz und hielt vor ihnen eine kurze Ansprache in französischer Sprache, in der er den Mut betonte, mit dem dieser Kongreß das wichtige und schwierige Problem aufgegriffen hat, die Privatrechtsgesetzgebungen der verschiedenen Nationen miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Er wies die Kongreßteilnehmer dann auf drei besondere Punkte hin, deren sich die Gesetzgebung in allen Ländern gleichermaßen annehmen müsse:

„Wir bitten Sie, stets die drei folgenden Punkte vor Augen zu haben: zunächst den immer sorgsameren und wirksameren Schutz aller derer, die dessen am meisten bedürfen, insbesondere der verlassenen Kinder und alleinstehenden Frauen; gerade ihnen gegenüber müßte der Gesetzgeber sein Verhalten nach dem Beispiel des Familienvaters und der Familienmutter richten. An zweiter Stelle eine Vereinfachung der rechtlichen Stellung derer, deren Situation sie zwingt, häufig oder gar periodisch aus einem Land in ein anderes hinüberzuwechseln. Endlich die Anerkennung und direkte und indirekte Verwirklichung der eingeborenen Menschenrechte, die, sofern sie der menschlichen Natur innewohnen, stets

mit dem Allgemeinwohl in Übereinstimmung sind; ja gerade sie sind es, die als die wesentlichen Elemente des Gemeinwohls aufgefaßt werden müssen; daraus folgt, daß es Pflicht des Staates ist, sie zu fördern, und daß sie auf keinen Fall einer angeblichen Staatsräson geopfert werden dürfen.“

Das Heilige Offizium Die Kongregation des Heiligen Offiziums hat am 28. Juli ein Dekret veröffentlicht, das den Ausschluß der kommunistischen Jugendorganisationen Kinder und der Eltern der Kinder, die den neuen, von materialistischen und glaubensfeindlichen Ideen getragenen Jugendverbänden beigetreten sind, von den Sakramenten verfügt. Das Dekret hat folgenden Wortlaut:

„Wie allgemein bekannt ist, sind auf Veranlassung und unter Führung der kommunistischen Parteien einige Verbände gegründet worden, deren Ziel es ist, Knaben und Mädchen zu den Grundsätzen und Einrichtungen zu verführen, die den Materialismus bekennen und die christlichen Sitten und Glaubensüberzeugungen bekämpfen. Daher werden die Christgläubigen daran erinnert, daß derartige Verbände, welche Namen sie auch tragen mögen, von den Sanktionen betroffen sind, die das Dekret des Heiligen Offiziums von 1. Juli 1949 festlegt.

1. Daher werden die Eltern oder deren Stellvertreter, die entgegen der Vorschrift des Canons 1372, § 2 CIC, welche das Dekret des Heiligen Offiziums ins Gedächtnis zurückgerufen hat, ihren Kindern den Beitritt zu den besagten Verbänden gestattet haben, vom Empfang der Sakramente ausgeschlossen.

2. Ebenso verfallen alle, die die Kinder entgegen dem christlichen Glauben und christlichen Sitten unterrichten, der dem Apostolischen Stuhl besonders vorbehaltenen Exkommunikation.

3. Auch die Kinder können, solange sie diesen Verbänden angehören, zu den Sakramenten nicht zugelassen werden.

Gegeben zu Rom am 8. Juli 1950“

Die Seligsprechung Pius' X. In dem Verfahren zur Seligsprechung Papst Pius' X. ist ein wichtiger Fortschritt erzielt worden. Am 8. August wurde in einer Sitzung der Ritenkongregation, die in Gegenwart des Papstes in Castel Gandolfo stattfand, die offizielle Feststellung getroffen, daß Papst Pius X. in heroischem Grade die christlichen Tugenden geübt hat.

Die Nachforschungen wenden sich in der nun beginnenden zweiten Phase des Prozesses den Wundertaten zu, die vorgeblich auf die Fürbitte dieses Dieners Gottes hin geschehen sind. Es wird vermutet, daß der Prozeß im Jahre 1951 beendet werden kann.

Mißbilligt der Papst den Steuerstreik? Wie erinnerlich, haben die französischen Bischöfe in einigen Gebieten von Westfrankreich ihre Gläubigen aufgefordert, die Staatssteuern zurückzubehalten, bis die Regierung ihren berechtigten Forderungen in der Schulfrage nachkommt (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jg., H. 9, S. 393).

Man wollte dadurch zunächst eine Warnung an die Regierung aussprechen, ist aber, als diese fruchtlos blieb, zur Tat geschritten. Im Anschluß daran führte die Finanzverwaltung Beitreibungsverfahren gegen einige füh-

rende Katholiken durch, insbesondere gegen Geistliche und Männer des öffentlichen Lebens. Die Zwangsversteigerungen wurden zum Anlaß erneuter Protestkundgebungen. Wie wir in Heft 10 S. 440 berichteten, wurde das Verhalten der westfranzösischen Katholiken mit einem auffallenden Satz aus der Rede Papst Pius' XII. zur Kanonisation der heiligen Johanna von Valois in Verbindung gebracht, in dem eine Mißbilligung ausgesprochen sein sollte.

Der Bischof von Poitiers, Msgr. Mesguen, veröffentlichte dazu eine Erklärung, in der er feststellt, daß der Heilige Vater den von den französischen Katholiken zur Verteidigung ihrer Rechte in Aussicht genommenen Steuerstreik nie mißbilligt habe.

Das Familienmilieu prägt den religiösen Charakter Die Enquête, von der diese Meldung berichtet, bestätigt eine alte seelsorgliche Erfahrungstatsache. Ihr Wert liegt nicht in einem überraschenden Ergebnis, sondern eher darin, daß sie zeigt, wie sehr auch heute eine gute katholische Familie die jungen Menschen gegen den Einfluß der übrigen Umgebung wappnet. Ihre Ergebnisse sprechen dafür, daß die geistige Strahlungskraft der Familie nicht so stark im Abnehmen ist, wie viele befürchten. Wenigstens gilt dies von einem gläubigen Familienmilieu.

Die vom *Institut d'Etudes Politiques* veranstaltete Rundfrage unter französischen Universitätsstudenten ergab einen auffallend starken Zusammenhang zwischen Glaubenseinstellung und familiärer Herkunft der Studenten. Die Zeitschrift *Efficacité* (25. 2. 1950) berichtet darüber Folgendes: Eine solche Umfrage unter Studenten ist aus mehreren Gründen besonders aufschlußreich. Die sehr verschiedenartige soziale Herkunft der Studierenden gestattet Rückschlüsse auf das Ganze der Bevölkerung. Sodann lebt gerade der Student an einem Brennpunkt der geistigen und weltanschaulichen Auseinandersetzung und steht dazu in einem Alter, in dem der Mensch besonders empfänglich für geistige Beeinflussung ist. Deshalb läßt sich an der Haltung der Studenten die Stärke der verschiedenen geistigen Kräfte besonders gut messen. Schließlich ist es dann auch nicht unwichtig, daß die elterliche Familie für die geistige Entwicklung der zukünftigen Führungsschicht eine fast ausschlaggebende Rolle spielt.

Die erste Frage der Enquête lautete: „Wie viele Kinder haben Ihre Eltern gehabt?“ Angesichts des Alters der Befragten läßt sie eine klare Unterscheidung zwischen ersten und einzigen Kindern einer Familie zu. Die zweite der Fragen galt der religiösen Praxis der Eltern und erbrachte die Bestätigung für den Zusammenhang von Religiosität und Kinderzahl. Sie vermittelt einmal eine exakte zahlenmäßige Unterlage, die dem Seelsorger willkommen sein wird.

Von den Befragten waren:

	regelmäßig praktizierend	unregelmäßig praktizierend	ungläubig
einzig Kinder:	48%	24%	28%
aus Familien mit höchstens 4 Kindern:	70%	21%	9%
aus Familien mit 5 und mehr Kindern:	82%	8%	10%

In Bezug auf die religiöse Praxis der Eltern und ihren Einfluß auf die Kinder ergab sich folgendes Bild:

Bei hundert nicht-praktizierenden Studenten übten beide Eltern ihren Glauben aus in 20 Fällen, einer von beiden in 50, keiner von beiden in 30. Dagegen hatten je hundert praktizierende Studierende in 62 Fällen zwei gläubige Eltern, in 24 Fällen einen gläubigen Elternteil, während in den übrigen 14 Fällen keiner der Eltern den Glauben betätigte.

Eine weitere Frage beleuchtete den Zusammenhang zwischen Familienmilieu, Schulform und Gläubigkeit. Zunächst zeigte sie, daß die kinderreichen Familien zugleich auch diejenigen sind, die der katholischen Privatschule den Vorzug vor der religionslosen Staatsschule geben. Von den Familien mit über vier Kindern hatten 86% der Kinder die Privatschule besucht, nur 14% die Staatsschule. Dagegen gingen von den Kindern aus Familien mit bis zu vier Kindern nur 48% in die freie katholische Schule, 52% dagegen in die staatliche. Es nimmt deshalb gar nicht wunder, daß der Unterschied in der religiösen Haltung zwischen den Studenten, die aus der katholischen Schule hervorgegangen sind, und denen, die aus der Staatsschule kommen, erheblich ist. Bei den Erstgenannten wirken aber in den weitaus meisten Fällen Elternhaus und Schule in gleicher Richtung. Die Enquête bezeichnet darum die Schule, die konfessionelle wie die freie, als sekundären, vom Elternhaus abgeleiteten Einflußfaktor.

Von den Studenten, die

	regelmäßig praktizierend	unregelmäßig	gar nicht
waren			
auf der Staatsschule	44%	30%	26%
in der kath. Schule bis zur 3. Klasse	69%	19%	12%
in der kath. Schule bis zur 7. Klasse	84%	13%	3%

Erziehung in Elternhaus und Schule erweist sich also nach dem Ergebnis dieser Umfrage als der entscheidende Faktor für die Glaubensbildung im Schulalter. Sie ist stärker als die übrigen Milieueinflüsse. Man möchte nun erfahren, inwieweit der elterliche Einfluß auch noch im Studentenalter unmittelbar bleibt. Darum unterschied die Enquête in einer weiteren Frage zwischen Studenten, die daheim wohnen, und solchen, die auswärts studieren. Es ergab sich, daß 25% derjenigen, die im Elternhaus leben, aber nur 14% der Alleinstehenden am Glauben in der Praxis festhalten. Dagegen bestand fast kein prozentualer Unterschied zwischen denen, die vom Lande, und denen, die aus kleinen oder großen Städten kamen. Das zeigt noch einmal den hervorragenden Einfluß des Elternhauses und zugleich die Wichtigkeit des Anliegens, ein dem Elternhaus vergleichbares katholisches Familienmilieu für alle jungen Menschen zu schaffen, die für sich allein in der Großstadt leben müssen. Sie sind, auf sich allein gestellt, gegen die Macht des neuen Milieus noch nicht gefeit.

Der Stand der Schulfrage in England Die lebhafteste Tätigkeit, die die englischen Katholiken auf Initiative der Bischöfe vor den Wahlen entfalteten, um die künftigen Parlamentsmitglieder zu einer Erhöhung der staatlichen Beiträge für die katholischen Schulen zu veranlassen, hat mit einer Niederlage geendet. Das Elternhaus hat nach lebhafter Debatte einen dementsprechenden Antrag zurückgewiesen und der unnachgiebigen Haltung der Labour-Regierung zugestimmt.

Dabei kam zum Ausdruck, daß man keineswegs wünscht, die Privatschulen sollten verschwinden. Aber der Staat ist am Ende seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt. Das Schulgesetz stellte hohe Anforderungen in Bezug auf den technischen Stand der Schulen. Man unterschätzte damals die Kosten einer solchen Reform, und deshalb ist es unmöglich, diese Kosten durch größere Beiträge an die Privatschulen noch zu erhöhen. So drohen die katholischen Privatschulen ein Opfer der allgemeinen Schwäche der Staatsfinanzen zu werden. Die Bischöfe haben wiederholt erklärt, daß die englischen Katholiken die Lasten für ihre Schulen in dem durch das Gesetz geforderten Umfang nicht werden tragen können. Ihre Lage erscheint deshalb augenblicklich fast aussichtslos.

Es handelt sich in England und Wales um 1500 katholische Volksschulen, die von 400 000 Kindern besucht werden. Nach dem Gesetz müssen die Träger dieser Schulen, d. h. die Kirchengemeinden, 50% der Kosten tragen, die durch die Schulreform entstehen werden, während der Staat den Rest und die laufenden Ausgaben übernimmt. Falls die Kirchengemeinden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, werden die Privatschulen automatisch staatlich kontrolliert, d. h. sie verlieren ihre Selbstbestimmung und behalten lediglich den katholischen Religionsunterricht. Zu den Volksschulen kommen noch 560 katholische Mittel- und Hochschulen mit 65 000 Schülern und Studenten. Und auch ihr Schicksal steht in gleicher Weise auf dem Spiel.

Das einzige Entgegenkommen, das die Bischöfe von der Regierung erreichen konnten, besteht darin, daß sie damit einverstanden sein will, die Beiträge der Kirchengemeinde zur Schulreform auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Wie der Schulbeauftragte des englischen Episkopates, Bischof Beck, mitteilte, haben sich die Bischöfe Anfang Juli entschlossen, noch einmal mit den katholischen Abgeordneten des Unterhauses Fühlung zu nehmen, um sie zu einer Gesetzesinitiative zu veranlassen, die den Schulen finanzielle Erleichterungen bringt. Mit einer bloßen Verteilung der Lasten auf längere Zeit ist die weitere Existenz der Schulen nicht gesichert. Über den Erfolg der Schritte des Episkopates ist noch nichts bekannt.

Religionsunterricht der Kinder in entchristlichten Gegenden

Schon lange hat sich gezeigt, daß in Gegenden oder in Bevölkerungsschichten der alten Christenheit, in denen der christliche Glaube geschwunden ist, auch der Religionsunterricht an die Kinder nicht mehr in der gleichen Weise wie früher erteilt werden kann. In Frankreich, das am meisten voraus ist in den Erfahrungen des Apostolats in entchristlichten Milieus, ist auch dieses Problem aufs schärfste hervorgetreten. Wo das Christentum noch die natürliche Lebenssphäre des Kindes bildet, genügt eine mehr oder weniger abstrakte Unterweisung in den christlichen Wahrheiten, die der Priester in der Kirche oder auch zu bestimmten Stunden erteilen kann. In ungläubig gewordenen Milieus ist die Lage eine ganz andere. Hier muß das Kind eine volle und praktische Einführung in die Gesamtheit des Christenlebens erfahren. Abbé Rétif, einer der Mitarbeiter der Mission de Paris, hat kürzlich ein 150 Seiten umfassendes Buch über diese Frage unter dem Titel „Catéchisme et mission ouvrière“ herausgebracht, das in einer kurzen Besprechung der „Etudes“ (Juli-August 1950) als ein gleich wichtiges Ereignis neben die berühmten Schriften „France, pays

de mission“ und „Paroisse, communauté missionnaire“ gestellt wird. Das Buch ist ein Bericht über praktische Versuche und stellt ein unüberhörbares Zeugnis für die neuen Methoden dieses Apostolats des Religionsunterrichtes dar, die mit den Methoden der französischen Arbeitermission aufs engste verwandt sind.

Die Bedeutung der soziologischen Wirklichkeit

Auch bei der Einführung des Kindes aus entchristlichter Umgebung in den Glauben ist die Beachtung der soziologischen Wirklichkeit von größter Bedeutung. Er kann für das Kind nur dann etwas wirklich Lebendiges werden, wenn es in eine ihm angepaßte christliche Lebenssphäre hineingestellt wird. Darum werden die Kinder vor allem einmal in Gruppen auf Grund der Zugehörigkeit zu ihren Wohnquartieren zusammengeschlossen und einem christlichen Haushalt unter Führung einer christlichen Mutter unterstellt. Die Erwachsenen müssen sich der Kinder annehmen, so daß sie den Widerschein der Lehre in einem christlichen Leben erfahren. Die Einführung in Bibel und Liturgie muß vom Konkreten ausgehen. An Stelle des Unterrichts durch einen Lehrer ist also hier die Erziehung durch eine Gemeinschaft getreten; die Religion wird nicht abstrakt gelehrt, sondern eingepflanzt. Abbé Rétif nennt daher diese Art von Religionsunterricht auch nicht mehr Katechismus, sondern geradezu Katechumenat; auch bei den Kindern geschieht, was ein Katechumenat ausmacht: eine Änderung des Lebens und die Einführung in die christlichen Mysterien.

Der Erzbischof von Paris als Förderer der neuen Methoden

Das Buch von Abbé Rétif hat ein Vorwort des Erzbischofs von Paris, Msgr. Feltin, der damit zum erstenmal nach seiner Erhebung auf den erzbischöflichen Stuhl von Paris beweist, wie sehr er der Nachfolger Kardinal Suhards zu werden wünscht, auf den er sich hier auch ausdrücklich beruft. Wenn wir die wichtigsten Stellen aus diesem Vorwort hier wiedergeben, so ebensowohl um der Bedeutung der Sache willen, wie auch um den neuen Pariser Erzbischof damit deutlicher vorzustellen.

Feltin sagt in diesem Vorwort:

„Zunächst billige ich Eure Methode. Sie ist nicht deduktiv: Ihr seid nicht von einem historischen oder theologischen a priori ausgegangen. Ihr seid induktiv von den Tatsachen aus vorgegangen. Doch nicht das ist das Neue. Was das Neue und Interessante Eurer Methode ausmacht, ist, daß Ihr von Anfang an einen falschen Weg vermieden habt. Die Versuchung war in der Tat groß, vom Erfahrungsbereich des Kindes im allgemeinen auszugehen, mit allem, was die vergleichende Psychologie, die in den letzten Jahren so große Fortschritte gemacht hat, uns über die Gesetze seines Denkens und Betragens enthüllt hat. Daraus hätte man auf dem Weg über praktische Versuche eine gewisse Anzahl von pädagogischen Verbesserungen ableiten können, die auch gewiß nicht zu vernachlässigen sind. Glücklicherweise habt Ihr dieser Versuchung nicht nachgegeben. Es handelt sich um etwas ganz anderes: Religionsunterricht, so hat Papst Pius XII. gesagt, bedeutet, Gott in die Lebensmitte des Kindes zu stellen. Ihr habt also zum Glück den Ausgangspunkt des Problems umgekehrt. Ihr seid nicht von der kindlichen Pädagogik ausgegangen, in der der Religionsunterricht nur ein besonderer Zweck ist, sondern vom göttlichen

Leben und von der Einordnung des neuen jungen Gliedes in die Kirche Christi...

Dies (Euer Buch) ist kein Traktat, sondern eine von Euch, von einer Gruppe von Priestern und Laien gelebte Erfahrung... In dieser Arbeit herrscht, da Ihr auf jeder Seite Eure mißratenen Versuche eingesteht, eine solche Aufrichtigkeit, daß der Leser Euch überzeugt verläßt. Er glaubte, hier und da einen Einwand, einen schwachen Punkt zu entdecken: etwas weiter bemerkt er, daß Ihr ihn selber schon bemerkt, aufgegriffen und häufig gelöst habt...

Seit einem Vierteljahrhundert betonen wir mit gutem Recht unaufhörlich die Notwendigkeit für den Glaubensverkünder, Soziologe zu sein. Wie sollten wir uns da mit diesem Widerspruch der Begriffe (des abstrakten Religionsunterrichts) zufrieden geben, wenn es sich um Kinder handelt, die doch noch mehr als die Erwachsenen von ihrer Umgebung abhängen? Anstatt das Kind im Religionsunterricht aus seiner täglichen Umgebung herauszulösen, unterstellt Euer Unterricht „nach dem Rhythmus des Lebens“ den kleinen Knaben, das kleine Mädchen Einflüssen, die um so tiefer in es eindringen, als sie sich an sein Unterbewußtes wenden: durch die Betreuung in tief christlichen Familien, durch die Patenschaft aktiver Christen, durch die tägliche Stütze der ganzen Pfarrgemeinde, die an den Herrn glaubt und ihn liebt...

Der Religionsunterricht wird so endlich seine Stelle in dem totalen missionarischen Einsatz finden, bei dem unser Land sich mit Stolz als Bahnbrecher betrachten darf.

Msgr. Feltin betont zum Schluß noch, daß die Gruppe, die diesen neuen Religionsunterricht in der Erfahrung ausgeprobt hat, sich einer vorbildlichen Unterordnung unter die kirchliche Hierarchie beflissen hat und dadurch ein Vorbild für alle die darstellen kann, die den Riß zwischen der Kirche und der Welt überbrücken wollen. Sie hat der Sache der Mission einen echten Dienst geleistet, und der Erzbischof ist sich dessen bewußt, ebenfalls der Sache der Mission in Wahrheit zu dienen, indem er diese neuen Methoden billigt und ausdrücklich Priestern und Laien empfiehlt.

Schweizerische Diskussion über den modernen Staat und das Toleranzproblem

Auch die junge katholische Intelligenz der Schweiz hat sich kürzlich mit dem Problem des modernen Staates gegenüber der Sphäre des Religiösen auseinandergesetzt. Am 17. und 18. Juni fand in Zürich die Tagung des Verbandes der Renaissance-Gesellschaften (des katholischen Schweizerischen Studentenverbandes) statt, auf der das Thema „Moderner Staat und Toleranzproblem“ behandelt wurde. Den ersten großen Vortrag hielt ein Vertreter der Protestanten und zugleich einer liberalen Staatsauffassung, Dr. Ernst Bieri von der „Neuen Zürcher Zeitung“. Die (katholischen) „Neuen Zürcher Nachrichten“ sagen in ihrem Bericht über die Tagung (27. 6. 50), es sei ein auf „reiches theologisches und kirchengeschichtliches Wissen“ gegründeter und zur weiteren Auseinandersetzung sehr ertragreicher Vortrag gewesen. Den für den Stand der Diskussion auf katholischer Seite wichtigsten Vortrag hielt Dr. Gutzwiller (dem Dr. Seiler in seinem Diskussionsvotum zur Seite trat). Hier wurde die beim Durchschnittskatholiken noch vorherrschende Meinung bekämpft, als ob die mittelalterliche Position der Verflochtenheit von Staat und Kirche die wesentlich katho-

lische wäre; oder daß gewisse theologische Stimmen aus Spanien oder Italien die katholische Haltung repräsentierten. Dr. Gutzwiller betonte, daß deren Anschauung andere Auffassungen entgegenständen. Wenn die Kirche die Entwicklung der Welt zur Toleranz mitmacht, so tut sie das nicht aus Opportunitätsgründen, sondern weil sie selber die Toleranz nicht nur als das geringere Übel, sondern als Postulat anerkennt. Toleranz ist ein Fundament unseres Glaubens, weil sich der Mensch in Freiheit zu Gott bekennen muß und weil nicht die Wahrheit Rechtsträger ist, sondern der Mensch.

Von diesem Gesichtspunkt aus, und nicht nur im Hinblick auf das Gemeinwohl, ist Toleranz zu fordern und die Unduldsamkeit gewisser katholischer Staaten ebenso zu verurteilen wie der Anspruch der Katholiken auf Toleranz nur da, wo sie in der Minderheit sind.

Ein Vortrag von Dr. Doka ergänzte diese Postulate durch eine Darstellung der tatsächlichen Spannungen zwischen dem liberalen Staat und der Kirche: der liberale Staat hat eine eigene Konfession, nämlich die der „Neutralität“, wodurch er immer gegenüber den Kirchen Partei ist, was sich besonders in seinen Ansprüchen auf die Schule, das Elternrecht usw. äußert. Auch der liberale Staat will Menschen formen. Doch wenn er mit den Ansprüchen der Kirche in Widerspruch gerät, so handelt es sich eigentlich nicht um eine Frage der Toleranz, sondern um eine Frage der Zuständigkeit.

Im Laufe der Diskussionen erkannte man gewiß auch die Gefahren der Toleranz an: die Gefahr einer Relativierung der Wahrheit und die Gefahr des Versagens des Staates als Hüter auch der religiösen Ordnung. Man kam aber dann zu der Einsicht, daß im religiös neutralen Staat der einzelne Christ um so mehr die Aufgabe habe, das Wort Gottes zu verkünden und zu bezeugen, und daß der Zustand der Toleranz so einen Aufruf zu echterem religiösem Leben darstellen könne.

Aus Ost- und Südosteuropa

Unterdrückungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei

Die griechisch-unierte Kirche in der Slowakei hat das Schicksal ihrer Schwesterkirchen in Rumänien und Karpathorußland geteilt. Auch ihre Gotteshäuser sind der griechisch-orthodoxen Gemeinschaft übergeben worden.

Die unierte Kirche der Slowakei war im Bistum Přerov mit etwa 400 Priestern zusammengefaßt. Der Bischof ist verhaftet und unbekanntes Aufenthaltes. Auch vom Weihbischof der Diözese fehlen sichere Nachrichten. Etwa 100 Priester sind im Gefängnis. Die Gymnasiasten mußten vor dem Abitur zur Orthodoxie übertreten. Die übrigen wurden nicht zugelassen. Die Aktion begann am 29. April mit der Einberufung eines Konzils, auf dem fünf Priester und etwa 300 Laien die Rückkehr zum Schisma und Anerkennung der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchen beschlossen. Ihr Beschluß wurde zunächst nicht veröffentlicht. Später erhielten die Matrikelbehörden die Weisung, das Glaubensbekenntnis der Unierten von sich aus in „orthodox“ umzuändern. Die Pfarrer wurden zum Teil gezwungen, in den offiziell zum Schisma überführten Gemeinden im Amte zu bleiben. Der Versuch ihres Rücktritts wurde als Sabotage ausgelegt. In der Tschechei wurden, wie berichtet (Herder-Korrespondenz 4. Jhg. H. 10 S. 443), die meisten Ordensleute

in Konzentrationsklöster überführt, in denen sie, nach verschiedenen Augenzeugenberichten, im Elend verkommen. Ihre Klöster wurden säkularisiert, wie z. B. die berühmte Abtei Emmaus in Prag, die der Gesundheitsverwaltung übergeben wurde, während das nicht weniger berühmte Prämonstratenserstift Strahov und das Prager Jesuitenkloster der staatlichen „Katholischen Aktion“ zufließen.

Zur Ausbildung des Priesternachwuchses hat die Regierung nach Nachrichten, die in Rom vorliegen, mit der Einrichtung dreier Generalseminare in Prag, Olmütz und Preßburg begonnen. Selbstverständlich besteht das Vorhaben, die bischöflichen Seminare dann auf irgendeine Weise, wahrscheinlich durch bestimmte Anforderungen an den Lehrkörper, zu schließen. Denn es liegt bereits eine Anordnung vor, nach der alle diejenigen vom Lehramt ausgeschlossen werden, die sich den Kursen zur ideologischen Schulung und dem Examen darüber entziehen.

Die Regierungsseminare sehen einen vierjährigen Studiengang vor. Die zwei ersten Jahre umfassen die Ausbildung für den Religionsunterricht, die Predigt und die Verwaltung der Sakramente, während in den beiden folgenden Theologie im Lichte des Marxismus gelehrt werden soll. Diese Seminare werden den Rang von Theologischen Fakultäten haben.

Aus gleicher Quelle wird mitgeteilt, daß der Minister Plojhar vor einigen Wochen wiederum eine allgemeine Priesterkonferenz zusammen mit einer Pilgerfahrt zum Nationalheiligtum Velehrad abgehalten hat, an der sich 453 Priester auf „Einladung“ der Staatsbehörden beteiligten.

Gegen Erzbischof Beran läuft eine ununterbrochene Folge von Anschuldigungen und Insinuationen durch die Presse, die vom „Osservatore Romano“ als mögliches Vorspiel eines Prozesses bezeichnet werden.

Kirchenabkommen und Praxis in Polen Das Schicksal des Abkommens zwischen den polnischen Bischöfen und der Regierung (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg. H. 9 S. 412) erinnert lebhaft an das des deutschen Konkordates von 1933. Die Bischöfe haben sich auf eine loyale Haltung festgelegt. Dafür werden staatlicherseits die kirchlichen Einrichtungen gemäß dem Abkommen offiziell respektiert. Gleichzeitig aber werden einzelne Personen, Geistliche und Laien im Lande, die im Rahmen des Abkommens tätig sind, eingeschüchert und drangsaliert. Der Kirche im ganzen wird nachgewiesen, daß sie das Abkommen nicht korrekt erfüllt, und wenn sie es tut, wird das propagandistisch ausgebeutet.

Ein Beispiel dafür lieferte der Fall der bischöflichen Unterschriften unter den Stockholmer Appell gegen die Atombombe. Zunächst hatten sich die Bischöfe geweigert. Daraufhin wurden sie der Verletzung des Abkommens beschuldigt. Dann gaben sie nach und unterzeichneten. Ihr Nachgeben war anscheinend eine moralische Niederlage. Nun aber stellt sich heraus, daß die staatliche Nachrichtenagentur die Vorbehalte, unter denen die Bischöfe unterzeichneten, in der Wiedergabe ihrer Erklärung einfach weggelassen hat, so daß im In- und Ausland ein falscher Eindruck entstand.

Ein ähnlicher Fall liegt zweifellos in einem kürzlich bekanntgewordenen Ergebnis schreiben des Bischofs von Kulm, Msgr. Kowalski, an den Staatspräsidenten vor.

Der Bischof war im Februar verhaftet worden und ist nach Absendung seines Schreibens wieder freigelassen worden. Niemand kennt die tieferen Zusammenhänge, nur die Tatsache wird bekanntgemacht.

Die Unterschriftensammlung für Stockholm hat noch für eine andere Schikane den Vorwand geliefert. Man hat den Religionsunterricht in den Schulen durch das Abkommen garantiert. Der Weg, ihn zu beenden, ist darum nun die Beseitigung der einzelnen Religionslehrer. In einer Reihe von Fällen ist bekannt geworden, daß Volksversammlungen in Entschließungen die Abberufung derjenigen Religionslehrer gefordert haben, die den Stockholmer Appell nicht unterzeichneten. Diese hätten sich dadurch als Feinde des Friedens erwiesen. Geistliche, Ordensleute und Schwestern sind wegen der Nichtunterzeichnung in der Presse angeprangert und in einzelnen Fällen verhaftet worden. Sie werden als Kriegshetzer bezeichnet.

Wie weit Schikane und Ungerechtigkeit sich vorwagen, zeigt ein weiteres Beispiel aus Czenstochau. Ein Atheist hatte versucht, das berühmte Gnadenbild, Polens Nationalheiligtum, in Brand zu setzen. Er wurde durch die Patres gestellt und der Polizei übergeben. Nach Augenzeugenberichten befindet er sich bereits wieder auf freiem Fuße. Dagegen wurde am folgenden Sonntag der Obere des Klosters, P. Cajetan Raczynski, weil er diesen Vorfall den Gläubigen mitgeteilt hatte, zur Polizei bestellt und kehrte nicht mehr zurück.

Verwirrende Ereignisse in Ungarn

Das Domkapitel der Diözese des ungarischen Primas in Gran (Esztergom) hat den Domkapitular Msgr. Beresztoczy an Stelle des im Mai verstorbenen Generalvikars Drahos zum Verwalter der Diözese gewählt. Was dieser Wahl vorausging, und auch die Person des Erwählten deuten darauf hin, daß es sich hier um den Versuch des Staates handelt, durch Vermittlung einer gefügigen Persönlichkeit entscheidenden Einfluß auf die wichtigste Diözese Ungarns zu gewinnen.

Beresztoczy war zusammen mit Kardinal Mindszenty zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil er als damaliger Leiter der Katholischen Aktion in den Prozeß des Kardinals verwickelt wurde. Später wurde er plötzlich aus dem Gefängnis entlassen. Seitdem betätigte er sich in peinlicher Weise im Sinne der „Fortschrittlichen Christen“ und der „Vermittlung“ zwischen Staat und Kirche und hielt mehrere öffentliche Reden in diesem Sinne.

Das Domkapitel hatte nach dem Tode des Prälaten Drahos zunächst den Domkapitular Gigler erwählt, der aber unmittelbar darauf verhaftet wurde. Das gleiche Schicksal widerfuhr dem Weihbischof von Gran, Msgr. Meszlenyi, der an zweiter Stelle erwählt wurde. Erst die dritte Wahl zeigte ein Resultat, das die Billigung des Staates fand.

Die übrigen Ordinarien des Landes haben sich von der Regierung Ende Juni einen neuen Affront gefallen lassen müssen. Im Anschluß an die Deportationen der Ordensleute, von denen im vorigen Heft berichtet wurde, hatten sie um Verhandlungen über die Frage der Ordenstätigkeit nachgesucht, nachdem die Regierung den Ordensoberen bekanntgegeben hatte, daß sie zu solchen Verhandlungen bereit sei.

Als dann die Erzbischöfe Grosz von Kalocsa und Czapiak

von Erlau und Bischof Hamvas von Csanad am 28. Juni in Budapest vorsprachen, wurden sie zwar von Rakosi im Beisein des Unterrichtsministers Darvas empfangen, durften jedoch nur die Erklärung anhören, daß die Regierung die Frage der Orden nur im Zusammenhang mit dem kirchlichen Gesamtproblem erörtern werde und daß die Regierung als Voraussetzung für diese Verhandlungen bestimmte Forderungen stelle.

Diese Forderungen beinhalten u. a. die Übertragung des Rechtes zur Bischofsernennung auf den Staat, den Loyalitätseid der Bischöfe, die Unterstützung der Staatspolitik durch die Kirche. Die Bischöfe baten darauf um Vertagung der Verhandlungen, die auch bisher nicht wieder aufgenommen worden sind.

Eine Versammlung von Geistlichen in Budapest, die am 1. August stattfand und an der, nach Radiomeldungen, etwa 300 Priester teilgenommen haben sollen, verurteilte das Verhalten der Bischöfe und forderte den Abschluß einer Vereinbarung mit dem Staat. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß diese Zusammenkunft wie üblich arrangiert war. Es ist nur von wenigen Priestern bekannt, daß sie sich mit dem „Verständigungsgedanken“ innerlich identifizieren.

Das Volk hat auf die Massenverhaftung der Ordensleute an einer größeren Anzahl von Orten mit starken Protestkundgebungen geantwortet, die zum Teil wenigstens die gute Folge hatten, daß auf Anfordern der Behörden andere Priester entsandt wurden, um die Seelsorge weiterzuführen.

Rumänien approbiert das lateinische Schisma

Kurz nach der Ausweisung des Regenten der Nuntiatur in Rumänien hat die Regierung ein „Neues Statut“ für die „Kirche des lateinischen Ritus von Siebenbürgen“ approbiert, und diese Tatsache wirft Licht auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wie der „Osservatore Romano“ (21. 7.) mitteilte.

Das Statut legt den Grund zu einer katholischen Nationalkirche, die schismatischen Charakter hat. Der Nuntius war, wiewohl am Verkehr mit den Gläubigen behindert, dennoch durch seine bloße Anwesenheit ein Symbol der Universalität der Kirche, und man hat deshalb gemeint, ihn zweckmäßiger vorher zu entfernen.

Das neue Statut ist die Fixierung der Gedanken, die auf einem in Siebenbürgen veranstalteten Priesterkongreß vorgetragen wurden, der den Beschluß faßte, „sich von den reaktionären Priestern und Bischöfen zu trennen, die Volksdemokratie zu unterstützen, die politischen Direktiven des Vatikans zu ignorieren und mit dem Staat auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zusammenzuwirken.“

Ohne den Namen zu nennen, läßt der „Osservatore Romano“ durchblicken, daß die treibende Kraft der neuen schismatischen Kirche der kürzlich exkommunizierte Erzpriester Agotha ist (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg. H. 10 S. 445).

Aus den Missionen

Die japanischen Bischöfe über soziale und katholische Aktion

Die japanischen Bischöfe haben, wie der Internationale Fidesdienst vom 3. Juni dieses Jahres berichtet, einen gemeinsamen Hirtenbrief erlassen, der sich vor allem an die Missionare im Lande richtet und diese zu einer intensiveren Betätigung auf dem Gebiet der sozialen und der

katholischen Aktion auffordert. Die Bischöfe erinnern daran, daß sie kürzlich noch eine Abteilung der Katholischen Aktion ins Leben gerufen haben: das Katholische Nationalkomitee, das alle Zweige des Laienapostolats zusammenfassen soll. Diese Einrichtung ist um so notwendiger, als die Missionare in Japan bei weitem nicht ausreichen, alle Aufgaben zu erfüllen, die ihnen eine an sich an Gelegenheiten so reiche Zeit stellt.

Die Bischöfe betonen, es sei gewiß kein Mangel an Eifer, was die Ausbreitung des Katholizismus hindere; aber es fehle an den nötigen Werkzeugen und an den geeigneten Methoden. Darum sollten die Missionare untereinander auf Mittel sinnen, diese Werkzeuge zu finden und ihre Methoden zu vervollkommen. Man müsse unter den Laien tüchtige Vortragsredner und freiwillige Katecheten ausbilden.

Die Bischöfe empfehlen den Missionsgesellschaften, eine Auswahl ihrer Priester zum Studium der Sozialwissenschaften auf die Universitäten zu schicken, so wie bereits zu dem gleichen Zweck japanische Priester ins Ausland geschickt worden sind.

Die japanische Katholische Studenten-Union

Vor anderthalb Jahren wurde die japanische Katholische Studenten-Union gegründet. Sie hat bereits eine bemerkenswerte Tätigkeit entfaltet, die ihre Höhepunkte in verschiedenen Kongressen hatte. Der erste davon, der in Kyoto stattfand, schloß die Ordnung und Regelung der Organisation ab. Von da ab begann die eigentliche Wirksamkeit, die auf dem Kongreß in Tokio im März 1949 schon ein deutliches Gesicht zeigte. Hier kamen die Vertreter der einzelnen Universitätsgruppen zusammen, um die wichtigsten Fragen ihres Wirkens zu diskutieren. Man beschränkte sich in erster Linie auf die Probleme der Katholischen Aktion auf den Höheren Schulen, auf die Fragen des Zusammenarbeitens der autonomen Studentenorganisationen und auf die Probleme des sozialen Einsatzes.

Nach der Tagung von Tokio gab das Zentralbüro der Union die Weisung aus, die katholischen Studenten sollten in alle autonomen Universitätsorgane eindringen und an der Gesundung des Studienlebens mitarbeiten. Trotz der verhältnismäßig geringen Zahl der katholischen Studenten machte sich der Erfolg dieses Vorgehens sofort bemerkbar. In mehreren Universitäten wurde die Leitung der autonomen studentischen Organe Katholiken anvertraut.

Die wichtigste Kundgebung der japanischen Katholiken Studenten-Union war dann die Tagung von Nagoya. Hier kamen die Studenten am ersten Tag in kleinen Gruppen zusammen, um die wichtigsten Fragen der Zeit zu besprechen: Teilnahme an den Bemühungen um einen Friedensvertrag für Japan; Teilnahme an der Bewegung der UNESCO; Erhaltung der demokratischen Freiheit an der Universität; Vertiefung der internationalen Beziehungen des Studentenbundes als Mittel, das Problem der Auswanderung zu lösen; Protest gegen die Propaganda der Geburtenbeschränkung; soziale Aktion der Studenten; Einkehrtage, besondere Aufgaben für das Heilige Jahr.

Die Katholische Studenten-Union in Japan hat heute 1500 Mitglieder, was im Vergleich zu der noch kleinen Kirche in Japan sehr viel ist. Sie setzt sich fast ausschließlich aus Studenten zusammen, die erst kürzlich konvertiert sind, zumeist als Schüler. Nur zwei unter allen sind als Katholiken geboren.